

**Interview**  
**28. März 2022**

## **Friedbert Meurer im Gespräch mit Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE**

**Friedbert Meurer:** Der Krieg in der Ukraine und gegen die Ukraine geht mit aller Brutalität weiter. Das Sterben nimmt kein Ende. Mariupol zum Beispiel im Osten des Landes wird in Grund und Boden bombardiert. 100.000 Zivilisten hängen in der Stadt in verzweifelter Lage fest. Trotzdem: Die Bundesregierung will weiter Öl und vor allen Dingen Gas in Russland kaufen. Andernfalls leide besonders die deutsche Industrie.

Michael Vassiliadis vertritt die Interessen vieler Arbeitnehmer in der Industrie. Er ist Vorsitzender der IG BCE, der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, und auch Präsident des Europäischen Verbundes der Industriegewerkschaften. Guten Morgen, Herr Vassiliadis.

**Michael Vassiliadis:** Guten Morgen, Herr Meurer. Ich grüße Sie.

**Meurer:** Ist das wirklich akzeptabel, dass die deutsche Industrie geschont wird?

**Vassiliadis:** Na ja, was heißt „geschont wird“? Der eigentliche Punkt ist, dass die europäische, aber insbesondere die deutsche Energieversorgung ja mitten in der Transformation ist. Wir haben uns auf den Weg gemacht in der Industrie, die Elektrifizierung mit Erneuerbaren anzugehen. Das braucht seine Zeit. Im Moment ist das Ganze sehr stark öl- und gasbasiert und natürlich strombasiert auf klassische Erzeugungsart. Das ist in ganz Europa so. Insofern ist es auch eine Folge der europäischen und deutschen Energiepolitik der letzten Jahrzehnte.

**Meurer:** Wenn Sie sagen, das braucht seine Zeit – wenn ich Robert Habeck, den Wirtschaftsminister richtig verstehe – dann können wir uns erst ab 2025 komplett unabhängig machen von russischem Öl und Gas. Das sind drei Jahre. Ist das viel zu lange?

**Vassiliadis:** Ich habe diese Zahl auch von Herrn Habeck vernommen und ich würde mich freuen, das würde klappen. Ich finde schon das relativ ambitioniert, denn die Technik dahinter muss man ja wirklich verändern. Man muss investieren, man muss installieren. Das heißt, dafür brauchen Sie die entsprechende Technologie, Sie brauchen Arbeitskräfte, und das braucht Zeit. Wenn man sich andere Projekte in Deutschland anschaut, dann haben wir ja gelernt, was wir an Zeit benötigen, um die Dinge wirklich auf den Weg zu bringen. Ich würde mich freuen, das würde klappen. Ich bin nicht sicher.

**Meurer:** Aber müssen wir denn wirklich warten, bis alles mit erneuerbarer Energie versorgt wird? Sie sagen, es dauert mehr als drei Jahre.

**Vassiliadis:** Ja! Aber das ist die bisherige Zielsetzung der deutschen Politik gewesen. Ich selber war ja in der Kohlekommission, damit wir beim Strom den Ausstieg aus der Kohle schnellstmöglich machen können, und da war immer Gas die Brücke. Übrigens, bei der Kernkraft auch. Herr Röttgen ist ja zum Beispiel ganz an der vordersten Front des schnellen Gasembargos. Der war Umweltminister, als der Kernenergie-Ausstieg noch einmal beschleunigt worden ist. Das hat ja alles Folgen. Das heißt, bislang war die Zielsetzung, Gas für Atomenergie und für Kohle. Das holt uns jetzt ein bisschen ein, vor allen Dingen, weil wir 55 Prozent unseres Gasbedarfs aus Russland decken.

**Meurer:** Mit der Atomenergie – es sind ja noch einige Atomkraftwerke im Betrieb – das würde nicht helfen, die länger laufen zu lassen, weil Strom das eine ist, aber es wird Wärme und dafür Gas gebraucht?

**Vassiliadis:** Exakt. Die drei Atomkraftwerke würden natürlich helfen, aber sie lösen das Problem nicht. Der größte Teil des Gases geht ja nicht in die Stromerzeugung, sondern in die Wärmeerzeugung, und das in Privathaushalten, aber vor allen Dingen auch in der Prozessenergie der Industrie, in der Chemie, in der Stahlindustrie, in vielen, vielen Bereichen, und hier geht diese

Umstellung nicht so schnell. Das würde bedeuten: Wenn es ein wirkliches Embargo gibt oder ein Teilembargo, dass dort empfindliche Folgen zu beobachten wären.

**Meurer:** Was würde denn, Herr Vassiliadis, wirklich passieren? Nehmen wir das einfach mal an: Irgendwann im Sommer sagt die Bundesregierung, kein russisches Öl und kein Gas darf mehr aus Russland ins Land kommen, was wären wirklich die Konsequenzen?

**Vassiliadis:** Die Konsequenzen wären, dass wir als deutsche Nation nicht diese 55 Prozent heutiger Gaslieferungen kompensieren können. Übrigens, andere Staaten in Europa brauchen dann auch von woanders her das Gas. Das bedeutet, es gibt dann ein Abfahrtszenario. Richtig ist und unabdingbar ist, Privathaushalte haben Priorität, und man wird dann Pläne entwickeln müssen, wie in welcher Reihenfolge was in der Industrie schnell abgeschaltet wird.

**Meurer:** Was wäre das zum Beispiel?

**Vassiliadis:** Bei 50 Prozent Reduktion, also nicht 100, würde der Standort Ludwigshafen, der größte Chemiestandort der Welt, heruntergefahren werden müssen, weil insgesamt der Standort dann nicht mehr stabil zu fahren ist. Es ist ja nicht so, als wenn man zwei, drei Geräte ausschaltet. Und damit die gesamte Produktion, die übrigens ja auch in sinnvolle Produkte des Energiewandels und der Transformation geht, würde nicht mehr zur Verfügung stehen.

**Meurer:** Was heißt Herunterfahren am Beispiel Ludwigshafen? BASF dort auf null herunterfahren?

**Vassiliadis:** Das wäre auf null, weil Sie ein System sonst nicht mehr stabil halten können.

**Meurer:** Alle würden ihren Job verlieren in Ludwigshafen?

**Vassiliadis:** Alle würden in Kurzarbeit gehen oder ihren Job verlieren. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist: Die Menschen machen ja dort etwas. Die Produkte fehlen dann und sie fehlen an vielen Stellen.

**Meurer:** Zum Beispiel an welchen Stellen?

**Vassiliadis:** Pharmazeutische Industrie, zum Beispiel bei der ganzen Frage der Installation von Erneuerbaren. Das sind ja alles Kunststoffe, Hochleistungskunststoffe, zum Beispiel in den Wertschöpfungsketten der Bauindustrie. Dieser Ausgangspunkt der Produktion in Deutschland und in der Welt – die Chemie ist ja für fast alles der Ausgangspunkt – würde empfindliche Reaktionen übrigens weltweit nach einer gewissen Zeit spürbar machen, weil wir in Deutschland eine relativ starke Chemie haben.

**Meurer:** Wenn ich Sie richtig verstehe: Sie sagen, das gibt Hunderttausende von Arbeitslosen, wenn wir das machen, mehr oder weniger den sofortigen Ausstieg aus Kohle und Gas?

**Vassiliadis:** Wenn wir keine Kompensation haben, wird das über einen relativ kurzen Zeitraum Hunderttausende Arbeitsplätze kosten, aber vor allen Dingen auch Auswirkungen in der Versorgung haben.

**Meurer:** Jetzt versucht ja die Bundesregierung, nach Kompensation zu suchen. Der Wirtschaftsminister ist in Dubai, es gibt Flüssiggas aus den USA. Ist da wirklich schon alles ausgeschöpft?

**Vassiliadis:** Nein! Ich glaube, dass wir jetzt offener geworden sind. Flüssiggas aus den USA beispielsweise wollten wir ja viele Jahre nicht wegen dem Fracking. Wir haben das in Norddeutschland selber eingestellt. Wir haben ja auch in Deutschland zwar keine Riesenmengen, aber Gasreserven. All das wird jetzt neu geprüft, das finde ich richtig. Dass das nicht in wenigen Tagen geht, verstehe ich, aber da ist jetzt eine Menge Einkaufsdiplomatie zu machen, und wir müssen auch fair bleiben. Wir können jetzt nicht mit unserer Wirtschaftskraft alle anderen verdrängen in Europa. Ich würde mich freuen, das Ganze würde wirklich zu einem europäischen Projekt, übrigens insgesamt in der Energiepolitik. Das ist jetzt höchste Zeit.

**Meurer:** Es könnte ja so sein, dass die Russen den Spieß umdrehen und uns nicht mehr beliefern. Oder nehmen wir den Punkt, dass mit Rubel bezahlt werden muss – die neue Forderung des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Wie interpretieren Sie diese Situation?

**Vassiliadis:** Das wäre das gleiche Szenario, aber anders in der Entstehung. Wir müssen höllisch darauf aufpassen, dass wir jetzt schnell alle Alternativen prüfen. Sonst kommt es dennoch, auch wenn Russland dieses Szenario fährt, zu den von mir schon beschriebenen Abfahrtszenarien. Insofern ist es eine ernste Lage. Russland selber hat übrigens immer noch die Möglichkeit, sehr viel Gas nach China zu verkaufen. Es gibt ja Energiemangel in China. Das heißt, dort entsteht auch eine neue Allianz. Geopolitisch ist das eine ernste Lage.

**Meurer:** Kurze Frage zum Schluss. Was antworten Sie Ukrainern, wenn die sagen, wir finden das unsolidarisch von den Deutschen?

**Vassiliadis:** Ich weiß nicht, ob die Solidarität zwischen Arbeitnehmern erfolgen muss. Die einen messen die Solidarität an der Belastung, die die Arbeitnehmer in anderen Ländern auf sich nehmen. Ich glaube, mit einer starken Volkswirtschaft können wir der Ukraine jetzt und in Zukunft mehr helfen, als wenn wir uns quasi selber nachher auf unsere wirtschaftlichen Folgen und Probleme konzentrieren müssen. Ein starkes Deutschland kann auch der Ukraine beistehen und deswegen gibt es auch ein Argument, darauf zu achten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.